

# RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Postfach 3, 69117 Heidelberg  
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 33 99, Fax 5 19 - 9 13 09  
Anzeigen-Abteilung: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 99, Fax 5 19 - 9 11 99  
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax 5 19 - 9 10 00

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

Auszug aus der Ausgabe Nr. 261 vom 11.11.2019

© Rhein-Neckar-Zeitung

## Ein „sozialpolitischer Meilenstein“?

### Nach langem Ringen einigt sich die Koalition auf die Grundrente mit Einkommensprüfung

Von Andreas Herholz, RNZ Berlin

Berlin. „Einen dicken Knoten“ habe man jetzt durchgeschlagen in der Koalition und „eine gut vertretbare Lösung gefunden“, zeigt sich Annegret Kramp-Karrenbauer erleichtert. Es sei „ein klares Signal“ zur Bekämpfung der Altersarmut aber auch für mehr wirtschaftliche Dynamik, feiert die CDU-Chefin am Sonntagabend nach dem Koalitionsgipfel den Durchbruch im Streit um die Grundrente nach einem „harten Ringen“. Und SPD-Interims-Chefin Malu Dreyer gerät regelrecht ins Schwärmen. „Deutschland wird eine Grundrente bekommen, und das ist ein sozialpolitischer Meilenstein“, sagt sie und verbucht die Einigung als Erfolg ihrer Partei.

Ist das der Kitt für die Groko? Sorgt die Grundrente dafür, dass das schwarz-rote Bündnis hält? Jetzt gebe es jedenfalls keinen Grund mehr, über ein vorzeitiges Aus nachzudenken, feiert auch Markus Söder gestern Abend im Kanzleramt die Ergebnisse des Koalitionsausschusses. Der Kompromiss habe die Halbzeitbilanz der Regierung abgerundet. „Die Kuh ist vom Eis“, sagt er.

Am Sonntagmorgen, kurz vor zehn Uhr, rollten gestern die schweren dunklen Limousinen durch das Tor des Kanzleramtes. Die SPD-Spitzen stießen zu der entscheidenden Runde dazu. Kanzlerin Angela Merkel und das Führungspersonal der Union waren dort bereits vorher zur Abstimmung ihrer Verhandlungslinie zusammengekommen.

Nach knapp sechs Stunden stand der Kompromiss: Die Grundrente kommt. Statt der von der Union geforderten Bedürftigkeitsprüfung soll es jetzt lediglich eine Einkommensprüfung geben, und Vermögen wie etwa selbst genutztes Wohneigentum weitgehend verschont bleiben. „Es ist eine gute Einigung“, lobt auch Finanzminister Olaf Scholz.

Anstelle einer Bedürftigkeitsprüfung bei der Grundrente, auf die die Union bestanden hatte, soll es jetzt „eine umfassende Einkommensprüfung“ geben. „Der Zugang zur Grundrente erfolgt über die Feststellung des Bedarfs“, heißt es in dem dreieinhalb Seiten langen Beschluss von Schwarz-Rot. Dabei soll ein Einkommensfreibetrag von 1250 Euro für Alleinstehende und 1950 Euro für Paare gelten. Menschen mit geringer Rente, die 35 Jahre ihre Versicherungsbeiträge gezahlt haben, aber angesichts ihres geringen Verdienstes dennoch nicht über das Niveau der Grundsicherheit hinauskommen, können jetzt auf eine Aufstockung um zehn Prozent hoffen. SPD-Chefin Dreyer rechnet mit 1,2 bis 1,5 Millionen Beziehern, der Großteil davon Frauen. Die Kosten werden auf ein bis 1,5 Milliarden Euro geschätzt.

Bis zuletzt gab es Widerstand aus den Reihen der Union. Vor allem der Wirtschaftsflügel hatte vor einem faulen und teuren Kompromiss gewarnt, bis zuletzt auf eine Bedürftigkeitsprüfung gepocht. Auch CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte lange auf eine Bedürftigkeitsprüfung bestanden. Die SPD lehnte die Bedürftigkeitsprüfung dagegen strikt ab. Interims-Parteichefin Dreyer brachte jedoch kurz vor dem Koalitionsgipfel eine Einkommensprüfung mit einem Freibetrag ins Spiel. Kanzlerin Angela Merkel hatte bereits am vergangenen Dienstag für ein Kompromissmodell geworben und von einer „Bedarfsprüfung“ gesprochen.

Neben dem Grundrentenkonzept hat die Groko auch ein Mini-Paket zur Stärkung der Wirtschaft verabschiedet. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll befristet bis Ende 2022 auf 2,4 Prozent gesenkt und die private Altersvorsorge gestärkt werden. Dazu gehören Korrekturen bei der umstrittenen Doppelverbeitragung von Betriebsrenten. Mit einem 10-Milliarden-Investitionsprogramm bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau will die Groko vor allem Unternehmensgründer und Start-ups fördern, die wirtschaftliche Dynamik erhöhen.



Zufriedene Parteichefs nach sechs Stunden im Kanzleramt: Söder (v.l.), CSU, Kramp-Karrenbauer (CDU) und Dreyer (SPD). Foto: dpa

## Kommentar: Widerspruch

### Andreas Herholz zur Grundrente

Nach jahrelangem Ringen hat sich die Große Koalition auf eine Grundrente verständigt, die dazu beitragen soll, die stetig wachsende Altersarmut zu lindern. Beide Seiten haben sich bewegt und sich auf einen Kompromiss verständigt. Der ist allerdings mehr von symbolischer Natur. Denn der Zuschlag, auf den jetzt die Berechtigten für ihre schmale Rente hoffen können, wird nicht viel an ihrer Not ändern. Der Grundrenten-Kompromiss wird neue Ungerechtigkeiten schaffen, ohne die alten wirklich aus der Welt zu schaffen.

Nicht wenigen in der SPD dürfte dieses Ergebnis nicht ausreichen, und nicht wenigen in der Union geht es zu weit. Dass CDU und CSU hier um des Koalitionsfriedens und -erhalts willen auf eine Bedürftigkeitsprüfung verzichten wollen, ist ein Fehler, der sicher auf Widerspruch treffen wird. Die Kritiker in der Union werden ihrem Ärger wohl auch auf dem nahenden Bundesparteitag Luft machen.

Und für die Sozialdemokraten wird der Kompromiss als Ansporn wirken: Erst hat die Union beim Abbau des Solidaritätszuschlags nachgegeben, jetzt bei der Grundrente – was kommt als nächstes? Schon gibt es Forderungen aus den Reihen der Genossen, alle Hartz-IV-Sanktionen zu streichen. Die Groko-Gegner in der SPD werden den Grundrenten-Beschluss nicht als Erfolg, sondern als Niederlage deuten. Dieser Kitt für das schwarz-rote Bündnis wird nicht lange halten.



Hurra, der Grundrenten-Kompromiss ist da!

Karikatur: Heiko Sakurai